

(Abgeordneter Dr. Mehnert [Blauen].)

- (A) Unterbehörden erstatteten Berichte nochmals nachprüfen zu wollen und entsprechend zu erhöhen.

(Bravo! rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Roth.

Abgeordneter Dr. Roth: Meine Herren! Im Namen meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir mit dem Dekrete und seiner Begründung durchaus einverstanden sind und uns dem Antrage des Herrn Kollegen Döhler auf Überweisung an die Gesetzgebungsdeputation anschließen. Auch dem, was Herr Abgeordneter Döhler ausgeführt hat, daß die Bezirksversammlungsmitglieder mit Reisekostenentschädigung bedacht werden sollen, stimmen wir bei. Jedenfalls ist auch dort ein bringendes Bedürfnis vorhanden, die nicht unbeträchtlichen Aufwandskosten wenigstens zum Teil zu entschädigen.

- Wenn Herr Abgeordneter Döhler gemeint hat, daß die Tagungen der Bezirksversammlungen nicht so häufig seien als bei den Kreis- und Bezirksausschüssen, so stimmt das, insoweit die Bezirksausschüsse in Frage kommen, wohl, aber nicht, soweit die Kreis- und Bezirksausschüsse in Frage kommen, denn die Bezirksversammlungsmitglieder haben häufiger Reisen zu machen als die Kreis- und Bezirksausschüsse. Jedenfalls aber wird es nur eine Frage der Zeit sein, daß die von mir angeschnittene Frage ihrer Regelung entgegengeführt wird.

(Bravo!)

Präsident: Die Debatte ist geschlossen.

Will die Kammer entsprechend dem Antrage des Herrn Abgeordneten Döhler beschließen, das Dekret zur weiteren Beratung der Gesetzgebungsdeputation zu überweisen?

Einstimmig.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Ich beraume die nächste öffentliche Sitzung auf morgen, Donnerstag, nachmittags $\frac{1}{2}$ 6 Uhr an und setze auf die Tagesordnung:

Allgemeine Vorberatung über das Königliche Dekret Nr. 45, den Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Teuerungszulagen durch die Schulgemeinden betreffend.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Böhmel.

Abgeordneter Dr. Böhmel: Ich möchte fragen, warum morgen die Sitzung auf nachmittags $\frac{1}{2}$ 6 anberaumt wird. Ich habe für morgen vormittag 10 Uhr den Verfassungsausschuß zusammenberufen in der An-

nahme, daß um 11 Uhr Plenum wäre. Ich habe für nachmittags 3 Uhr den Beschwerde- und Petitionsausschuß zusammenberufen, weil ich annahm, daß das Plenum dann erledigt wäre und wir Arbeitszeit hätten. Und jetzt wird auf einmal die Sitzung auf morgen nachmittag $\frac{1}{2}$ 6 Uhr anberaumt. Man kann als Vorsitzender der Deputationen nicht mehr disponieren. Soll das so bleiben, oder wird es künftig Donnerstags um 11 Uhr sein? Mir wäre es lieb, wenn wenigstens für das Plenum einheitlich an den regelmäßigen Tagen Dienstag, Mittwoch und Donnerstag Sitzungen angesetzt würden, sonst kann ich als Vorsitzender der Deputationen nicht mehr arbeiten.

Präsident: Den Nachteil dieses bedauerlichen fortwährenden Wechsels empfindet niemand mehr als der Präsident. Aus eigenem Ermessen hat er auch bisher schon an einer gewissen Regelmäßigkeit festgehalten. Immer aber sind es Herren der verschiedenen Parteien, die mit dem Wunsche einer Abweichung an ihn herangetreten sind. Gerade der Partei des Herrn Dr. Böhmel gehört derjenige Herr an, der die diesmalige Abweichung dringend verlangt und Zustimmung im Direktorium gefunden hat; nachdem ich mich der Mehrheit nun einmal gefügt habe, kann ich an der Sache nichts mehr ändern.

Im übrigen müssen sich die Herren bei der Erledigung ihrer häuslichen Geschäfte etwas nach dem Landtage richten. Der Reichstag fragt durchaus nicht danach, was der einzelne für Privatgeschäfte noch zu erledigen hat. Bei den geringeren Entfernungen in Sachsen war es bisher möglich, solchen besonderen Wünschen mitunter Rechnung zu tragen, aber eine gewisse Regelmäßigkeit und Ordnung darf darunter nicht leiden.

Ich will heute schon mitteilen, daß zunächst vorgesehen ist, daß wir in dieser Woche noch Donnerstag nachmittag und Freitag Sitzungen abhalten; eine größere Anzahl von Herren, die heute dringende Geschäfte zu erledigen haben, wollen morgen rechtzeitig zurückkommen. Ich kann im Prinzip solche Einzelwünsche nicht als berechtigt ansehen, aber ich kann es nicht ändern, wenn schließlich die Mehrheit des Direktoriums ihnen Rechnung tragen will.

Im übrigen ist beschlossen worden, daß wir nächste Woche Montag wieder eine Nachmittagsitzung haben, Dienstag und Mittwoch Vollsitzungen, vormittags 11 Uhr, die drei letzten Tage dagegen wie die ersten Tage der nachfolgenden Woche sollen frei bleiben; so daß wir dann im ganzen acht Tage unsere öffentlichen Plenarsitzungen aussetzen. Wenn die Deputationen den Wunsch haben, können sie natürlich auch in dieser Pause tagen. Aber für das Plenum würde ich die Arbeit auf acht